

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Verabschiedung der ausscheidenden Stadträtinnen und Stadträte

Die Vorsitzende verabschiedet folgende Ratsmitglieder aus dem Rat der Stadt Speyer und bedankt sich persönlich für die im Einzelfall Jahrzehnte dauernde Mitarbeit im Rat und den Ausschüssen:

- Frank Ableiter BGS
- Georg Emes CDU
- Dr. med. Wulf Heisel SWG
- Rainer Hofmann BGS
- Manfred Mussotter CDU
- Michael Neugebauer SWG
- Gustav Pade SPD
- Klaus-Dieter Schütt Bündnis 90/Die Grünen
- Elke Sommermeyer SWG
- Helga Spitzer CDU
- Gabriele Tabor SPD
- Karl-Heinz Weinmann SPD
- Angelika Wöhlert CDU

Sie überreicht den ausscheidenden Ratsmitgliedern die Gedenkmedaille 800 Jahre kommunale Selbstverwaltung in Speyer und ein Weinpräsent Speyerer Ruländer. Herr Pade (35 Jahre) und Herr Mussotter (20 Jahre) richten Grußworte an das Plenum.

Zur Sitzung entschuldigt sind die bisherigen Ratsmitglieder:

- Johannes Doerr CDU
- Chong Zhang CDU
- Alfred Zimmermann CDU

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

**Gegenstand: Verpflichtung der neuen Ratsmitglieder nach § 30 Abs. 2
Gemeindeordnung (GemO)**

Die Vorsitzende begrüßt die neu gewählten Mitglieder des Speyerer Stadtrates für die Sitzungsperiode 2019-2024.

Sie weist sie auf die Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO) hin.

Alle anwesenden Ratsmitglieder werden anschließend namentlich aufgerufen und von der Vorsitzenden entsprechend § 30 GemO mit Handschlag auf die Einhaltung dieser Regeln verpflichtet.

Herr Hinderberger und Frau Dr. Montero Muth sind noch nicht verpflichtet, da sie bei der konstituierenden Sitzung nicht anwesend sind.

Gegenstand: Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und der Hauptsatzung der Stadt Speyer - Einreichung von Änderungswünschen
[Vorlage: 0002/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende weist eingangs darauf hin, dass es heute – anders als im Vorlagenkopf dargestellt – keine Beschlussfassung in der Sache geben soll, sondern lediglich eine Information. Sie bittet darum, dass die Fraktionen über die Sommerpause Eingaben für gewünschte Änderungen von Hauptsatzung und Geschäftsordnung an die Verwaltung senden.

Sofern die antragstellende Fraktion dem zustimmt, werden die Vorschläge der SWG aus TOP 8 unmittelbar als Anregung in die neue Vorlage aufgenommen. Frau Selg zeigt sich damit einverstanden und begründet im Anschluss nochmals die Beweggründe der SWG.

Herr C. Ableiter wendet zu den Ältestenratssitzungen ein, dass z.B. Beratungen über eine Urbanitätszone Industriehof nicht dorthin gehören und transparent in öffentlicher Sitzung behandelt werden müssten. Er geht nicht davon aus, dass diese Beratungen in negativer Absicht im Ältestenrat stattfanden, die BGS werde künftig aber dagegen protestieren. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass inzwischen auch Ältestenratssitzungen weitgehend öffentlich stattfinden.

Herr Dr. Wilke schlägt zur Geschäftsordnung vor, bei den Antrags- und Versandfristen die Zeit zwischen Einladungs- und Sitzungstag um 1 Tag auf 7 volle Kalendertage zu verkürzen, um den divergierenden Bedürfnissen der Fraktionen auf der einen und der ausführenden Verwaltung auf der anderen Seite gerecht zu werden. Zudem wäre es wünschenswert, wenn die Stellungnahmen der Verwaltung zu Anträgen 1 Woche nach der Sitzung den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden, um nicht auf das Protokoll warten zu müssen.

Die Länge der Ratssitzungen mit 30 bis 40 Tagesordnungspunkten beschäftigt Herrn Ableiter. Er plädiert für einen monatlichen Sitzungsturnus mit vertretbar langen Tagesordnungen. Eine Redezeiteinschränkung lehnt er ab, da gute Beratungen wichtig seien, vor allem bei möglicherweise wechselnden Mehrheiten.

Herr Popescu fordert eine Beschränkung der Sitzungsdauer auf maximal 4 Stunden, da ansonsten die Konzentrationsfähigkeit spürbar nachlasse. Weiterhin appelliert er an die Fraktionen, Diskussionen aus den Ausschüssen nicht nochmals identisch im Rat zu halten, nur weil die Presse anwesend ist.

Gegenstand: Bildung der Ausschüsse, Aufsichtsräte, Beiräte und sonstiger Untergremien - Sitzungsperiode 2019-2024
[Vorlage: 0001/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist eingangs auf einen Tippfehler in Ziffer 1. Dort muss es selbstverständlich „2019-2024“ lauten. Sie informiert über die vorgesehenen neuen bzw. modifizierten Gremien Ausschuss für Digitales – Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr – sowie Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit. Daneben soll eine Reihe von Arbeitsgruppen der Verwaltung aufgelöst werden.

Anders als die BGS sieht Frau Münch-Weinmann in den Ältestenratssitzungen durchaus Veranstaltungen zur Informationsgewinnung. Inhaltlich wendet sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen eine Zusammenlegung der Bereiche Bauen und Verkehr, die jeweils als eigener Ausschuss erhalten bleiben sollen, sich allerdings besser vernetzen könnten. Zudem regt sie an, einen Beirat für *nachhaltige* Mobilität zu installieren.

Für Herrn Feiniler ist eine versuchsweise Zusammenlegung von Bauen und Verkehr für 1 Jahr aus SPD-Sicht tragbar. Der Aufsichtsrat der WES hat gefühlt seit Jahren nicht mehr getagt, weshalb die Frage entsteht, ob die Gesellschaft überhaupt noch erforderlich ist. Laut Verwaltung besteht die WES weiter und braucht deshalb einen AR zur Aufrechterhaltung der Struktur. Die Gesellschaft soll künftig mehr Aufgaben übernehmen als nur die Vermarktung von Grundstücken. Herr Feiniler unterstreicht, es sollte eine Rückkehr zu früheren Aufgaben wie unter OB Schineller erfolgen.

Herr Ableiter merkt an, dass die Sitzungen des Bauausschusses fast so lange dauern wie Ratssitzung, da intensive Vorberatungen von Nöten sind. Die Entscheidungen gehen von dort direkt in den Rat. Er kritisiert, dass bisher wenig von dem umgesetzt wurde, was Ausschuss und Rat beschlossen haben. Die BGS spricht sich gegen eine Zusammenlegung aus. Die kommende ÖPNV-Ausschreibung wird intensive Arbeit im Ausschuss erfordern. Die versuchsweise Zusammenlegung sieht er als 1 Jahr verschwendete Zeit.

Die SWG befürwortet laut Frau Selg den Ausschuss für Digitalisierung und den Beirat für Mobilität, da Mobilitätsplanungen äußerst wichtig sind. Sie erinnert dabei an den SWG-Antrag für einen Masterplan. Die Ausschussgrößen erscheinen passend; einer Testphase von einem Jahr für ein gemeinsames Bau- und Verkehrsgremium kann man sich anschließen, allerdings sollte dieser Ausschuss dann größer sein, z.B. als 17er Ausschuss.

Herr Czerny wendet ein, dass die Aufsichtsräte nicht die Mehrheitsverhältnisse im Rat spiegeln; seitens der Vorsitzenden wird diesbezüglich auf die Vorgaben der Gesellschaftsverträge verwiesen. Herr Czerny votiert für eine Trennung von Verkehr und Bau; das Beispiel der schlechten Planung der Kreuzung Iggelheimer Straße hätte so vielleicht vermieden werden können.

Herr Dr. Wilke bezeichnet den Digitalausschuss als prima Sache. Kritischster Punkt für die CDU sind Bauen und Verkehr: Bauen und Konversion ja, zusammen mit Verkehr macht aber keinen Sinn. Es würde eine Art „Superausschuss“ entstehen; auch die Erhöhung der Mitgliederzahl sei da keine Lösung. Daher spricht sich die CDU für eine Trennung aus. Ein Beirat für Mobilität, bestehend aus Experten, wird begrüßt.

Herr Brandenburger verweist darauf, dass mehr Sitzungen im zusammengelegten Gremium stattfinden könnten; in der Vergangenheit gab es immer wieder gemeinsame Sitzungen.

Außerdem gleichen sich die Tagesordnungen oft. Daher votiert er für die 1jährige Zusammenlegung.

Frau Höchst erkundigt sich, ob die Änderung des Umweltausschusses nur eine Umbenennung sei oder es bereits Vorhaben und Projekte gebe, die das begründen. Die Vorsitzende verweist auf zwei sehr engagierte Mitarbeiterinnen im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit, die dadurch einen stärkeren Fokus erhalten sollen.

Herr C. Ableiter beantragt zur Geschäftsordnung Schluss der Debatte und Abstimmung über die Aufspaltung von Bauen/Stadtentwicklung und Verkehr.

Die Vorsitzende gibt in diesem Zusammenhang einen Hinweis auf die Sitzungsleitung – und die Beschlussempfehlung.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung kann sich nach Auffassung von Herrn Dr. Wilke nur auf eine getrennte Abstimmung beziehen, inhaltlich hinsichtlich Punkt 2. Ein Antrag auf Schluss der Debatte steht der BGS nicht zu. Auch Frau Höchst weist auf § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung hin.

Herr Czerny erinnert daran, interessierte Bürgerinnen und Bürger für den Mobilitätsbeirat nicht zu vergessen; dies sollte ins Protokoll aufgenommen werden.

In der getrennten Abstimmung zu Punkt 2 der Vorlage erhält der Verwaltungsvorschlag mit den Stimmen von SPD, AfD, SWG und WG Schneider nicht die erforderliche Mehrheit und wird mit den Stimmen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Linke, FDP und BGS abgelehnt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Für die Wahlperiode 2019-2024 werden die von der Verwaltung vorgeschlagenen Ausschüsse, Aufsichtsräte, Beiräte und sonst. Vertretungen gebildet/besetzt (bei 1 Enthaltung: WG Schneider).
2. Abweichend von der Verwaltungsvorlage bleiben die Bereiche Bauen und Verkehr getrennt; sie werden durch den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion sowie den Verkehrsausschuss repräsentiert.
3. Soweit in Ziffer 1. nichts anderes genannt, wird die Standardgröße der Ausschüsse auf 13 Personen (politische Mitglieder) festgelegt (bei 1 Gegenstimme: BGS).

Gegenstand: Sparkasse Vorderpfalz - Wahl der Vertretung der Stadt Speyer in der Zweckverbandsversammlung, Wahlvorschlag für den Verwaltungsrat
[Vorlage: 0003/2019](#)

Die Vorlage und die Tischvorlage 0003/2019/1 sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteile des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 5 Enthaltungen: AfD-Fraktion, WG Schneider):

**1. Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Vorderpfalz
(Wahl entsprechend § 40 GemO, gemeinsamer Wahlvorschlag):**

Die Stadt Speyer entsendet, neben der Oberbürgermeisterin als geborenes Mitglied, folgende Vertreter in die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Vorderpfalz:

Mitglied
Dr. Axel Wilke (CDU)
Friedel Hinderberger (SPD)

Auf Anforderung der Verwaltung hatten die Fraktionen auch Stellvertretungen für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Zweckverbandsversammlung vorgeschlagen; nach Mitteilung der Hauptgeschäftsstelle der Sparkasse Vorderpfalz ist eine Stellvertreterregelung laut Verbandsordnung aber nicht vorgesehen.

**2. Verwaltungsrat der Sparkasse Vorderpfalz
(Wahlvorschlag für die Wahl durch die Zweckverbandsversammlung):**

Die Stadt Speyer schlägt der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Vorderpfalz, neben der Oberbürgermeisterin, folgende Vertreter zur Wahl in den Verwaltungsrat der Sparkasse Vorderpfalz vor:

Mitglied	Stellvertretung
Michael Wagner (CDU)	Hans-Peter Rottmann (CDU)
Walter Feiniler (SPD)	Philipp Brandenburger (SPD)

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Bestimmung von zwei Ratsmitgliedern und zwei Stellvertreterinnen/Stellvertreter für die Mitzeichnung der Niederschriften des Stadtrates

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Das Stadtratsprotokoll wird von folgenden Fraktionen und Personen mitgezeichnet, bevor die Veröffentlichung erfolgt:

Fraktion:	Mitzeichnung	Stellvertretung
CDU	Hans-Peter Rottmann	Michael Spirk
SPD	Gregor Flörchinger	Angelika Bott

**Gegenstand: Klimaschutz in Speyer - Berichterstattung;
Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 17.06.2019
[Vorlage: 0007/2019](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Frau Selg. Die Wählergruppe möchte eine umfassende Berichterstattung über die Maßnahmen. Ziel muss sein: weg von Worthülsen hin zu konkreten Maßnahmen und Ergebnissen. Dazu sind im Antrag drei Punkte gefordert.

Frau Münch-Weinmann zeigt sich überrascht über einen Sachantrag in der konstituierenden Sitzung des Rates. Was in dem Antrag aus Sicht der Grünen fehlt, ist der S-Bahn-Halt Süd; dieser sollte mitaufgenommen werden in der Berichterstattung.

Herr Rottmann ist ebenfalls überrascht und verweist auf die Märzsession, in der ein CDU-Antrag auf Evaluierung des Klimaschutzkonzepts beschlossen wurde. Er zitiert die gegenteilige Stellungnahme der SWG aus dem damaligen Sitzungsprotokoll. Viele Maßnahmen sind ja bereits beschlossen.

Seitens der SPD wird der SWG-Antrag durch Herrn Feiniler so verstanden, dass in der nächsten Sitzung eine Berichterstattung erfolgen soll.

Herr Ableiter spricht von einer Gemengelage und erneuert die Kritik der BGS über die Untätigkeit der Verwaltung im Rahmen des Energiewende-Antrages aus der April-Sitzung. Für ihn ist unklar, wie es denn weitergehen soll: nur ein Bericht, wie von der SWG gefordert, oder doch die konkreten Punkte der BGS?

Herr Rottmann zitiert nochmals aus dem Protokoll vom 16.03.2019, was dort beschlossen wurde.

Nach Ansicht von Frau Selg geht der SWG-Antrag über das bloße Klimaschutzkonzept hinaus, weil er Leitfaden und Veranstaltungsmanagement einschließt.

Frau Münch-Weinmann hinterfragt die 6-Monats-Sperrfrist nach GemO und Geschäftsordnung. Die Vorsitzende führt aus, dass die Verwaltung die beiden Anträge als nicht gleichlautend gelesen hat. Nichtsdestotrotz bestehen die Grünen darauf, den S-Bahn-Halt in die Berichterstattung aufzunehmen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 2 Enthaltungen: Zehfuß – CDU, WG Schneider):

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. in der nächsten Ratssitzung über die bisher umgesetzten Schritte aus dem Maßnahmenkatalog des integrierten Klimaschutzkonzepts für die Stadt Speyer (KISS) zu berichten. In dem Bericht ist darauf einzugehen, ob die Klimaschutzziele erreicht werden und falls nicht, welche zusätzlichen Maßnahmen geplant sind, um die Ziele dennoch zu erreichen.
- 2 a) zu berichten, welche Maßnahmen zum Klimaschutz im Bereich der Verkehrsentwicklung geplant sind, beispielsweise Radwegebau und Ertüchtigung vorhandener Radwege, Vorbereitung Neustruktur des Stadtbusverkehrs im Hinblick auf

Elektrobusse mit Ende des Linienbündels 2023. Speyer als Pilotstadt mit innovativen Konzepten.

Ergänzend ist auf Antrag der Grünen auch über den Sachstand beim S-Bahn-Haltepunkt Süd zu berichten.

- 2 b) zu berichten, mit welchen konkreten Maßnahmen in den Bauleitplänen die im Baugesetzbuch festgeschriebenen Vorschriften zum Umwelt- und Klimaschutz umgesetzt werden. Hier bitten wir anhand des Projekts „Pionier Quartier Speyer“ darzustellen, wie die Vorgaben eingehalten werden können.
3. zu prüfen und zu berichten, inwiefern bei Veranstaltungen generell die An- und Abreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln eingeschlossen werden kann, wie z.B. bei Wein am Dom, und wie es zu einem freiwilligen Plastikverzicht kommt.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Termin zur Wahl des Beirates für Migration und Integration der Stadt Speyer 2019
[Vorlage: 0004/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Hattab berichtet als kommissarische Vorsitzende des Gremiums über die Arbeit in der laufenden Wahlperiode, in der die Mitglieder beratend vielen helfen konnten und unterstützend tätig wurden. Zu den Aufgaben gehört auch die Organisation der Interkulturellen Woche, die dieses Jahr statt zwischen dem 23.09. und 03.10.2019 stattfindet. Frau Hattab wirbt um Zustimmung zum empfohlenen Termin.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Als Wahltermin für die Wahl zum Beirat für Migration und Integration der Stadt Speyer wird Sonntag, der 27. Oktober 2019 festgelegt.
2. Die Wahlen werden insgesamt in Form einer Briefwahl und nicht als Urnenwahl durchgeführt.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: Bürgschaftserklärung zugunsten der GML –
Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH
[Vorlage: 0009/2019](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Kommunalaufsicht der ADD Trier von allen beteiligten Kommunen eine erneute Beschlussfassung im Hinblick auf die Bürgschaftsrisiken gefordert hat, weshalb die Angelegenheit nochmals auf die Tagesordnung genommen werden musste. Aus dem Kreis des Stadtrates verlautet, man müsse sich diesbezüglich hoffentlich keine Sorgen machen.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die der übernommenen Ausfallbürgschaft für die GML innewohnenden besonderen Risiken sowie das Risiko der Eintrittswahrscheinlichkeit des Bürgschaftsfalls einstimmig zur Kenntnis (bei 4 Enthaltungen: AfD-Fraktion) und erhält auch unter dieser Maßgabe den Beschluss zur Vorlage 2820/2019 vom 21.03.2019 aufrecht.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
[Vorlage: 0005/2019](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12.1

Gegenstand: Verkauf des städt. Gewerbegrundstückes Pl.Nr. 4780/17 mit 1619 m² in der Nachtweide

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: Fraktion Die Linke):

Dem Verkauf des städtischen Gewerbegrundstückes von 1.619 m² Pl. Nr. 4780/17 – Nachtweide wird zugestimmt.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12.2

Gegenstand: Verkauf des Anwesens Am Sandhügel 29

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 2 Enthaltungen: Haupt, Hasenöhrl – AfD):

Dem Verkauf des Wohnhauses Am Sandhügel 29, auf Flurstücks-Nr. 5612/393, wird zugestimmt.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12.3

Gegenstand: Verkauf der Ackergrundstücke Flurstücks-Nrn. 248 und 249 der Bürgerhospitalstiftung, Gemarkung Heiligenstein, an die Verbandsgemeinde Römerberg-Dudenhofen, Konrad-Adenauer-Platz 6, Dudenhofen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 13 Gegenstimmen: Fraktionen B90/Grüne und SWG, sowie 4 Enthaltungen: AfD-Fraktion):

Dem Verkauf der Flurstücke Nrn. 248 und 249 zu insgesamt 3.700 qm an die Verbandsgemeinde Römerberg – Dudenhofen wird zugestimmt.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13.1

Gegenstand: Einstellung von Beamt/innen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Einstellung einstimmig.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13.2

Gegenstand: Einstellung von Beschäftigten

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Einstellungen einstimmig.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13.3

Gegenstand: Versetzung von Beschäftigten

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die interne Versetzung einstimmig.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

Gegenstand: Verschiedenes

Frau Münch-Weinmann bittet darum, dass in der nächsten Sitzung des Personalausschusses über die Gesamt-Personalsituation der Stadtverwaltung berichtet wird.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.06.2019

1. Sitzung des Stadtrates 27.06.2019 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!